

Änderungsanträge Landtagswahlprogramm-Entwurf 2018 – Bayern Kapitel 2.1.2

1 Die Stadtversammlung möge beschließen:

2 Die Zeilen 133 bis 146 werden ersetzt durch folgenden Text:

3

4 Wir Grüne bekennen uns zur beruflichen Dualen Ausbildung als einem Erfolgsfaktor im
5 deutschen Bildungssystem. Wir wollen kein Talent verloren geben und die Zahl derer, die ihre
6 Ausbildung wechseln oder gar abbrechen, reduzieren. Dafür wollen wir die berufliche
7 Orientierung und Beratung bei der Wahl eines Ausbildungsberufes in allen Schularten
8 ausbauen.

9 Um die Ausbildungsbeteiligung dauerhaft zu erhöhen und damit Betrieben wie Jugendlichen
10 gute Perspektiven zu sichern, befürworten wir branchen- und regionspezifische Umlagen zur
11 solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung.

12 Die Ursache für den späteren Gehaltsunterschied bei Frauen und Männern liegt oft schon in
13 den unterschiedlich hohen Ausbildungsvergütungen für vermeintlich typische „Frauen“- bzw.
14 „Männer“-Berufe. Wir wollen solche Ungleichheiten abschaffen. Wir wollen allen
15 Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Stärkung
16 der Tarifautonomie und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine
17 Mindestausbildungsvergütung. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die
18 Berufsausbildungsbeihilfe einfacher in Anspruch genommen werden kann und sich die Höhe
19 realistisch an den Lebenshaltungskosten orientiert. Um Mobilität während der Ausbildung zu
20 garantieren, setzen wir uns für ein kostengünstiges Auszubildendenticket ein. Dadurch
21 entstehen endlich bessere Bedingungen für den Fachkräftenachwuchs und gesellschaftlich
22 zentrale Branchen wie Handwerks-, Sozial- und Pflegeberufe werden aufgewertet.

23 Wir investieren in die berufliche Bildung – für eine volle Unterrichtsversorgung, für mehr
24 Lehrkräfte und für eine gute Ausstattung der beruflichen Schulen. Wir setzen neue Akzente in
25 den Berufsschulen, denn der Unterricht muss sich den Veränderungen der Praxis anpassen.
26 Gefördert werden soll dabei auch, dass junge Auszubildende Erfahrungen im Ausland
27 sammeln können.

28 Für Menschen mit Behinderung wollen wir Werkstätten ausbauen und ihre Öffnung zum
29 allgemeinen Arbeitsmarkt über das Budget für Arbeit Unterstützte Beschäftigung und
30 Integrationsbetriebe fördern.

31 Flüchtlinge sollen ohne Einschränkung und mit gesichertem Aufenthalt ihre Berufsausbildung
32 und eine mindestens 2-jährige Anschlussbeschäftigung (3+2-Formel) absolvieren können.

Dieser Antrag wird gestellt von

Beppo Brehm

unterstützt durch die temporäre Arbeitsgruppe zum Landtagswahlprogramm KV München